

# Klimaschutz-Ausreden

## Mit welchen Argumentationsmustern Klimaschutz verzögert wird<sup>1</sup>

*Sebastian Levi, Finn Müller-Hansen, William F. Lamb, Giulio Mattioli, J. Timmons Roberts, Stuart Capstick, Felix Creutzig, Jan C. Minx, Trevor Culhane & Julia K. Steinberger*

*Abstract:* Die politische Diskussion über notwendigen Klimaschutz ist oft geprägt von Argumenten, welche die Umsetzung ambitionierter Maßnahmen blockieren oder hinauszögern. Diese »Klimaschutz-Ausreden« akzeptieren zwar die Realität des menschengemachten Klimawandels, aber untergraben den akuten Handlungsbedarf. Dabei wird Verantwortung auf andere abgeschoben oder die Nachteile der Energiewende werden überbetont. Andere Klimaschutz-Ausreden versuchen durch ineffektiven Aktionismus von grundlegendem Wandel abzulenken oder wecken gar Zweifel, ob die Klimakrise überhaupt noch abzuwenden sei. In diesem Beitrag präsentieren wir eine Typologie der zwölf gängigsten Klimaschutz-Ausreden. Dies soll dabei helfen, diese Argumentationsmuster zukünftig einfacher zu erkennen und sie effektiver zu entkräften.

---

<sup>1</sup> Hinweis: Dieser Beitrag basiert auf dem englischsprachigen Forschungsartikel »Discourses of Climate Delay« (Lamb et al., 2020), den das AutorInnen-Team im Jahr 2020 in der Fachzeitschrift *Global Sustainability* veröffentlicht hat. Der englischsprachige Online-Anhang mit methodischen Hintergrundinformationen, weiteren Details zu den einzelnen Argumentationsmustern und einer Vielzahl von empirischen Beispielen kann hier abgerufen werden: <https://doi.org/10.1017/sus.2020.13> (»Supplementary materials«).

Mit wachsender Aufmerksamkeit für die Klimakrise häufen sich auch Stimmen, die Klimaschutzmaßnahmen als übertrieben darstellen (McKie, 2019; Norgaard, 2011). Die GegnerInnen von Klimapolitik leugnen immer wieder die Realität des menschengemachten Klimawandels (Farrell et al., 2019), spielen seine schwerwiegenden Folgen herunter (Harvey et al., 2018) oder zweifeln den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel an (Oreskes & Conway, 2011). Eine vierte Strategie hat bisher allerdings nur wenig Aufmerksamkeit erhalten: Das Hinauszögern effektiver Klimapolitik in politischen Debatten zu konkreten Klimaschutzmaßnahmen. Wir nennen diese Diskurse »Klimaschutz-Ausreden«, weil sie zu politischen Stillstand führen oder den Anschein erwecken, dass es unüberwindbare Hindernisse für einen umfassenden Klimaschutz geben würde.

Solche Klimaschutz-Ausreden folgen verschiedenen Argumentationsmustern, die teilweise bereits in der Literatur identifiziert wurden. So spielen oft radikaler Individualismus (Maniates, 2001), Greenwashing (Sheehan, 2018), unbedingter Fortschrittsglaube (Peeters et al., 2016) oder die Überbetonung von Kosten eine zentrale Rolle in Argumenten gegen schnelle und effektive Klimapolitik (Bohr, 2016; Jacques & Knox, 2016). Diese Muster wurden bereits vielfach mittels Umfragen und in BürgerInnen-Versammlungen beobachtet (Bickerstaff & Walker, 2002; Norgaard, 2011), aber auch in Medienberichten (Bohr, 2016; Jacques & Knox, 2016; Peeters et al., 2016; Sheehan, 2018) und anderen politischen Diskursen (Bache et al., 2015; Gillard, 2016; McKie, 2019). Einige dieser Klimaschutz-Ausreden wurden auch in zentralen wissenschaftlichen Texten über KlimaskeptikerInnen dokumentiert, wie beispielsweise in *Merchants of Doubt, Deceit and Denial* oder *The Triumph of Doubt* (Brulle & Aronczyk, 2019; Freudenburg et al., 2008; Markowitz & Rosner, 2003; Michaels, 2008, 2020; Oreskes & Conway, 2011).

In diesem Artikel präsentieren wir eine umfangreiche (wenn auch nicht vollständige) Zusammenstellung der gängigen Klimaschutz-Ausreden. Dabei orientieren wir uns an Projekten, die bereits umfassende Argumente von KlimawandelskeptikerInnen zusammengetragen haben und so wichtige Informationen für die Wiederlegung von Klimawandel-LeugnerInnen liefern (wie bspw. [www.skepticalscience.com](http://www.skepticalscience.com)). Unser zweites Ziel in diesem Artikel ist es, zentrale Gemeinsamkeiten der gegenwärtigen Klimawandel-Ausreden zu identifizieren und so deren grundlegende Logik näher zu bestimmen. Dabei gehen wir deduktiv vor: Zuerst haben wir durch eine Erhebung unter den Ko-Autoren dieser

Studie eine anfängliche Liste von möglichen Klimaschutz-Ausreden zusammengetragen. Diese ursprüngliche Liste haben wir iterativ erweitert und verfeinert, indem wir eine Vielzahl von empirischen Klimaschutz-Ausreden zusammengetragen und kategorisiert haben. Dabei haben wir zum einen systematisch zusammengestellte politische Kommentare ausgewertet, insbesondere all jene, die zwischen 2013 und 2018 in energie- und klimapolitischen Gesetzesentwürfen im US-Bundesstaat Massachusetts eingereicht wurden. Zum anderen haben wir besonders wichtige Medienartikel zu klimapolitischen Gesetzesentwürfen in Deutschland, Großbritannien, Norwegen und den USA gesammelt und ausgewertet. Mehr Informationen zu unserem methodischen Vorgehen und zu unseren Quellen sind in dem englischsprachigen Anhang beigefügt, der am Ende des Artikels verlinkt ist.

Basierend auf unserer empirischen Sammlung haben wir eine Reihe von Gemeinsamkeiten typischer Klimaschutz-Ausreden identifiziert. Da Klimaschutz-Ausreden per Definition Klimaschutzmaßnahmen ablehnen, bezweifeln sie entweder, dass diese Maßnahmen möglich sind oder dass sie wünschenswert sind. Diese empirischen und normativen Ablehnungen reichen von fundamentalen Einwänden, dass Klimaschutz überhaupt nicht mehr möglich sei, bis hin zu konkreten Ablehnungen spezifischer Maßnahmentypen. In absteigender Reihenfolge von fundamentalen zu spezifischeren Einwänden verneinen Klimawandel-Ausreden somit mindestens eine der folgenden vier Fragen:

1. Kann der Klimawandel (noch) gebremst werden?
2. Soll der Klimawandel gebremst werden, auch wenn hierfür Kosten und Anstrengungen aufgewendet werden müssen?
3. Sollen ausgerechnet wir diese Kosten und Anstrengungen auf uns nehmen?
4. Müssen die Klimaschutzmaßnahmen umfassend sein?

Auf Basis der Antworten zu diesen vier Fragen lassen sich vier unterschiedliche Typen von Klimaschutz-Ausreden klassifizieren:

1. vor dem Klimawandel kapitulieren,
2. Nachteile betonen,
3. Verantwortung weitergeben,
4. auf Schein-Lösungen verweisen (siehe Abbildung 1).

Diese Typologie ermöglicht es, die unterschiedlichen Motive und diskursiven Strategien der Klimaschutz-GegnerInnen zu identifizieren, um

passende Antworten und so Gegenstrategien zu entwickeln. Die Einwände, die Klimaschutz-Ausreden typischerweise anführen, betreffen einige der konflikthaftesten Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Wandels zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Sie funktionieren deshalb so gut, weil Klimaschutz-Ausreden oft ein Körnchen Wahrheit beinhalten und ähnliche Argumente auch ohne die Absicht vorgebracht werden, Klimapolitik generell zu verhindern. So ist es zum Beispiel tatsächlich eine große Herausforderung, die Kosten der ökologischen Transformation gerecht zu verteilen. Nicht jeder Einwand, dass zum Beispiel BergbauarbeiterInnen nicht die Kosten der Energiewende tragen sollten, ist deshalb automatisch eine Klimaschutz-Ausrede. Aber jeder legitime Einwand kann dann zu einer Klimaschutz-Ausrede werden, wenn sie nur dafür genutzt wird, Klimaschutzmaßnahmen abzuwehren, ohne andere und ebenso effektive Interventionen zu explorieren. Über viele wichtige Fragen der Klimaschutzpolitik findet aktuell kein umfassender öffentlicher Diskurs statt und regelmäßig nutzen deshalb auch Interessengruppen legitime Bedenken, um notwendige Klimaschutzregulierung abzuwehren. Klimaschutz-Ausreden verdienen deshalb eine besondere Aufmerksamkeit. *Eine viel stärkere öffentliche Debatte der thematisierten Konflikte ist zwingend notwendig, um eine zügige, umfassende, und sozial gerechte Transformation zu einer emissionsfreien Gesellschaft zu ermöglichen* (Farrell et al., 2019; van der Linden et al., 2017). In den folgenden vier Abschnitten diskutieren wir hierfür die wichtigsten Merkmale unserer übergreifenden Typologie und 12 spezielle Typen von Klimaschutz-Ausreden. Die Quellen für die verwendeten Zitate sowie eine umfassende Liste von weiteren Beispielen von Klimaschutz-Ausreden jedes Types sind in unserem Online-Anhang zu finden.

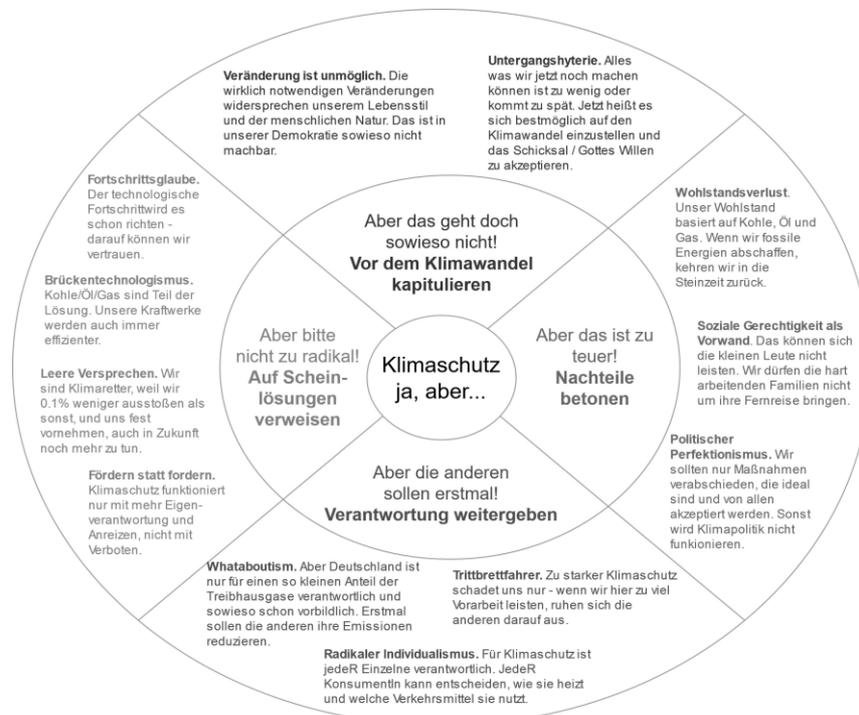


Abb. 1: Typologie der Klimawandel-Ausreden.

# 1 Typologie der Klimawandel-Ausreden

## 1.1 Vor dem Klimawandel kapitulieren

Ist es noch möglich, den Klimawandel einzudämmen? Politische Aussagen können Klimaschutz-Ausreden werden, wenn sie Zweifel daran sähen, dass Klimaschutz angesichts der politischen, sozialen oder physikalischen Herausforderung überhaupt (noch) möglich ist. Oft entwickelt sich dieses Narrativ in eine von zwei Richtungen. Einerseits wird häufig argumentiert, dass die Abkehr von der kohlenstoffbasierten Wirtschaftsweise so radikal wäre, dass sie unrealistisch sei. Wir nennen diesen Typ Klimaschutz Ausrede »Veränderung ist unmöglich«, weil er annimmt, dass die menschliche oder politische Natur es unmöglich macht, einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. So

argumentierte beispielsweise ein Meinungsartikel in der *New York Times*: »Um den Ausstoß von überschüssigem Kohlenstoff in den nächsten fünf bis zehn Jahren einzustellen, müssten wir alle ökonomischen und sozialen Prozesse radikal umorganisieren. Das ist nicht nur auf beängstigende Art und Weise unvorstellbar, sondern auch unmöglich.« Anstatt nach Lösungen für die ja tatsächlich existierenden Herausforderungen zu suchen, werden diese lieber als Ausrede genutzt, um sich mehr oder weniger mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden und sich nur noch an den Klimawandel anzupassen.

Ein anderer Typ Klimaschutz-Ausrede ist die »Untergangshysterie«. Jegliches Handeln sei zu spät und nicht mehr effektiv genug, um die Klima-Katastrophe zu dem jetzigen Zeitpunkt noch abzuwenden: »Die Klima-Apokalypse kommt. Um uns darauf vorzubereiten, müssen wir zuallererst anerkennen, dass wir sie nicht mehr aufhalten können« (Meinungsartikel der *New York Times*, siehe Online-Anhang Abschnitt 3.12). Solche Aussagen schüren Angst und können zu einem paralyisierenden Zustand des Schocks und der Resignation führen (Hulme, 2019). Untergangshysterien suggerieren, dass große Anstrengungen den Klimawandel zu bremsen weitestgehend sinnlos wären und dass die einzige Lösung nun sei, sich auf die Katastrophe einzustellen oder – in der religiösen Variante – unser Schicksal »in Gottes Hände« zu geben. Wie auch die anderen Klimaschutz-Ausreden weicht auch dieses Argumentationsmuster den schwierigen Herausforderungen der Dekarbonisierung aus und verzichtet darauf, nach effektiven Lösungen für die bevorstehenden Herausforderungen zu suchen.

## **1.2 Nachteile betonen**

Auch wenn wir den Klimawandel aufhalten könnten, sollten wir wirklich die massiven Anstrengungen in Kauf nehmen, die hierfür notwendig sind? Klimapolitische Beiträge können Klimaschutz-Ausreden werden, wenn sie die kurzfristigen Kosten der Klimaschutzpolitik überbetonen und implizieren, dass diese größer wären als jene langfristigen Gewinne, die uns Klimaschutz in Form von sicheren atmosphärischen Bedingungen bereitstellen kann. Dieser Fehlschluss taucht häufig in Debatten auf, in denen die sozialpolitischen Herausforderungen von Klimaschutzpolitik thematisiert werden, beispielsweise in Debatten über die Auswirkungen von Klimapolitik auf Arbeitsplätze, auf Konsumfreiheit oder generell die

»westliche Lebensweise«. Diese Bedenken können gerade bei jenen auf offene Ohren treffen, die bereits in der gegenwärtigen Gesellschaft marginalisiert werden und die die weiteren Anstrengungen für den Klimaschutz nur schwer schultern können, wie beispielsweise Menschen in schlechten Arbeitsverhältnissen oder jene aus Entwicklungsländern.

Deshalb wird häufig *soziale Gerechtigkeit als Vorwand* genutzt, um beispielsweise die Energiewende als eine untragbare Belastung für die Gesellschaft darzustellen. So forderte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier im März 2019 beispielsweise, dass »wir es nicht zulassen dürfen, dass Klimaschutz unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze gefährdet« (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.8). Solche Bedenken sind oft legitim und ein zentraler Aspekt einer gesellschaftlichen Diskussion über Klimaschutzpolitik. Aber immer wieder werden solche Bedenken als Klimaschutz-Ausrede genutzt. Dies passiert vor allem dann, wenn verschwiegen wird, dass gerade fehlender Klimaschutz das größte Risiko für unseren Wohlstand ist. Oder auch wenn all jene Wohlstandsgewinne ausgeklammert werden, die in der Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft langfristig entstehen, wie etwa eine bessere öffentliche Gesundheit und neue Arbeitsplätze. Klimaschutz-Ausreden lassen diese beiden zentralen Aspekte systematisch außer Acht und stellen Klimaschutzpolitik stattdessen immer wieder als ein besonderes Risiko für marginalisierte Bevölkerungsgruppen dar. So wurde beispielsweise behauptet, dass eine Luftverkehrsabgabe »hart arbeitende Familien am meisten trifft und sie um ihren wohlverdienten Urlaub bringt«. Und das obwohl von allen möglichen Klimaschutzmaßnahmen gerade eine Steuer auf Flugreisen am allermeisten die oberen Einkommensgruppen betreffen würde.

Eine extreme Form, die Nachteile zu betonen, ist die Debatte um möglichen *Wohlstandsverlust*. Sie behauptet, dass Klimaschutz die Pfeiler unseres Wohlstandes und unseres Lebensstandards gefährdet: »Wenn wir morgen aufhören würden, fossile Energieträger zu verbrennen, wären die Konsequenzen katastrophal – Menschen würden verhungern, weil zum Beispiel die Traktoren kein Benzin mehr hätten« (David J. O'Donnell, Associate Director, Massachusetts Petroleum Council; siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.9). Diese dramatische Fehldarstellung einer geordneten Transformation als plötzlich hereinbrechende Dystopie ist Teil jener andauernden Versuche, fossile Energieträger als eine unersetzliche Basis für menschliches Wohlergehen darzustellen: »Fossile Kraftstoffe möglichst schnell zu reduzieren, wie es

viele Umweltaktivisten ja immer wieder fordern, würde jenes Wirtschaftswachstum gefährden, das Milliarden Menschen aus der Armut geholt hat«, behauptet beispielsweise Bjørn Lomborg, Präsident des Copenhagen Consensus Centres. Verschiedene Organisationen wie beispielsweise Peabody Energy haben wiederholt ähnliche Argumente genutzt, um jede Form von Klimaschutz zu delegitimieren (siehe Online-Anhang Abschnitt 3.9)

All diese Einwände führen dazu, dass Klimaschutz oft nur sehr vorsichtig angegangen wird – ein Ansatz, den wir »politischer Perfektionismus« nennen. Perfektionistische Klimapolitik traut sich nur jene Klimaschutzmaßnahmen zu, die keiner Bevölkerungsgruppe vor den Kopf stoßen, und befürchtet, andernfalls jegliche öffentliche Unterstützung für Klimapolitik generell zu verlieren. Ein Beispiel hierfür ist die deutsche Bundesregierung, die sich im September 2019 nur auf einen Bruchteil jenes CO<sub>2</sub>-Preises einigen konnte, der notwendig wäre, um die deutschen Klimaschutzziele im Jahr 2030 zu erreichen. Als Begründung gab Bundeswirtschaftsminister Altmeier an, dass er »den sozialen Frieden in diesem Land« nicht gefährden wolle (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.10). Den sozialen Frieden zu bewahren, ist sicherlich ein berechtigtes Anliegen. Diese Aussage kann und wurde aber dennoch als Klimaschutz-Ausrede verwendet, weil sie nur genutzt wurde, um Klimaschutz abzuschwächen. Stattdessen hätte die Politik proaktiv nach Möglichkeiten suchen können, um ambitionierten Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten, wie beispielsweise mit einer umfassenden sozialpolitischen Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Preiseinnahmen an die Bevölkerung oder indem man die Akzeptanz für umfassendere Maßnahmen in partizipativen und deliberativen Verfahren wie BürgerInnenräten erhöhen kann. Argumentationsmuster, die nur die Nachteile von Klimapolitik betonen, lenken davon ab, dass der Verzicht auf Klimaschutz zu einem weitaus größeren Wohlstandsverlust führen würde. Vor allem aber ignorieren sie, dass Klimaschutz sowohl ökologisch effektiv als auch sozial gerecht sein kann und so auch breiten Zuspruch in der Bevölkerung gewinnen würde.

### **1.3 Verantwortung weitergeben**

Wenn sich nun die für den Klimaschutz notwendigen Anstrengungen lohnen, muss denn ausgerechnet ich mich daran beteiligen?

Klimapolitische Äußerungen werden zu Klimaschutz-Ausreden, wenn sie genutzt werden, um sich aus der eigenen Verantwortung zu stellen. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der *radikale Individualismus*, der Klimaschutz als rein private und nicht gesellschaftliche Angelegenheit versteht. Individualismus kann als Klimaschutz-Ausrede genutzt werden, wenn politische Regulierungen mit dem Verweis auf die Eigenverantwortung der BürgerInnen delegitimiert werden. Dabei wird die Bandbreite an möglichen Klimaschutzmaßnahmen ausschließlich auf individuelle Kaufentscheidungen verkürzt, wie beispielsweise auf Wärmeschutzrenovierungen oder die Anschaffung eines Elektroautos. Dies verschleiert, dass politische und gesellschaftliche Entscheidungen die Möglichkeit und Wirksamkeit eben jener individuellen Entscheidungen maßgeblich beeinflussen (Maniates, 2001). Gelegentlich wird hierbei ganz offen die Schuld für die Klimakrise den BürgerInnen und KonsumentInnen zugewiesen. So proklamiert beispielsweise die *Yale University*: »Es ist Yale's Grundüberzeugung, dass der Verbrauch, nicht die Produktion von fossilen Energieträgern die Hauptursache der Klimakrise ist«. Oft operiert dieser Diskurs aber auch viel subtiler, so beispielsweise, wenn *British Petroleum*, ein fossiles Energieunternehmen, in ihrer Social-Media-Kampagne BürgerInnen dazu anhält, ihren individuellen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu kennen und zu senken (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.1). Es ist zwar richtig, dass auch individuelle Verhaltensänderungen notwendig sind, um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Individualistische Klimaschutz-Ausreden ignorieren allerdings, dass individuelle Bemühungen nur dann transformativ wirken, wenn sie in ihrer Gesamtheit dazu führen, dass sich gesellschaftliche Normen und politische Rahmenbedingungen ändern.

Ein anderer Typ Klimaschutz-Ausrede ist es, anzumerken, dass andere Länder weitaus mehr Emissionen zu verantworten hätten und dass hierzulande deshalb erst einmal keine weiteren Maßnahmen notwendig wären. Wir nennen diesen Typ Ausrede »Auf andere zeigen«, oder auf Englisch: *Whataboutism*. Für diese Form der Klimaschutz-Ausrede wird oft auf Statistiken verwiesen, die zeigen sollen, wie klein der eigene Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen sei, gerne im Vergleich zu besonders großen Volkswirtschaften wie China. So meinte der britische Politiker Nigel Farage: »Unsere Nation emittiert nur 1,8% der globalen Emissionen – also verstehe ich nicht, warum unsere Aluminiumhütten, unsere Stahlproduktion und jetzt auch noch unsere Raffinerieindustrie schließen müssten.« Ähnliche Debatten werden auch regelmäßig auf der

Ebene von Industriesektoren geführt. So fordern beispielsweise VertreterInnen der Automobilbranche immer wieder gerne, dass zuerst einmal die Emissionen aus der Landwirtschaft reduziert werden müssen: »Ein CO<sub>2</sub>-Preis mag ja im Prinzip eine gute Idee sein, aber das funktioniert nicht, wenn nicht auch die Landwirtschaft mitmacht. Erstmal soll auch die Landwirtschaft mit einbezogen werden, bevor wir hierzu verpflichtet werden sollen« (anonymisiertes Zitat, Vorstandsmitglied eines Automobilherstellers). Es ist nicht überraschend, dass die Gegenseite solche Schuldzuweisungen in gleichem Maße umkehrt: »Haben Sie sich jemals gefragt, warum sich Landwirte immer als die Sündenböcke der Klimapolitik fühlen? Dann schauen Sie mal die Daten aus dem gestrigen @EPAIreland-Klimareport an. Der zeigt, dass die Nutzung von effizienteren Fahrzeugen die mit Abstand wichtigste Maßnahme ist, um das Klima zu schützen. #UnterstütztLandwirtschaft«, postete beispielsweise der Irische Bauernverband auf Twitter (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.2).

Oft sind jene, die gerne die Verantwortung für Klimaschutz an andere abgeben wollen, auch gleichzeitig sehr besorgt, dass andere Staaten oder Individuen es gezielt ausnutzen würden, wenn sie selbst zu viel für den Klimaschutz tun. Diese »Trittbrettfahrer«-Ausrede wurde beispielsweise von Josh Manuatu, Vorsitzender der australischen Jungen Liberalen, geäußert: »Wenn wir morgen aufhören würden, Treibhausgase auszustoßen, würde das überhaupt gar keine Auswirkungen haben, weil andere Staaten dann einfach ihre Emissionsbudgets entsprechend erhöhen würden.« Ein besonders prominenter Vertreter der Trittbrettfahrer-Ausrede ist der ehemalige US-Präsident Donald Trump, der des Öfteren verkündet hat, dass das Pariser Klimaabkommen »wenig mit dem Klima zu tun hat, sondern nur damit, einen finanziellen Vorteil über die Vereinigten Staaten zu erhalten« (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.3).

Alle drei Klimaschutz-Ausreden, die Verantwortung auf andere abschieben, können überzeugend wirken, weil es tatsächlich schwierig ist, einen umfassenden, weltweiten und fairen Klimaschutz zu organisieren. Aber legitime Bedenken werden hier zu Klimaschutz-Ausreden, wenn sie unrealistische Bedingungen für das eigene Handeln stellen und stattdessen von allen anderen fordern, zuerst einmal selbst mit Klimaschutz zu beginnen. Durch diese Erwartungshaltung und durch das geschürte Misstrauen erschweren sie den niederschweligen Einstieg in gemeinschaftliche Klimaschutzmaßnahmen, da gemeinschaftliches

Handeln auch ein Mindestmaß an Vertrauen und an Eigeninitiative benötigt.

#### **1.4 Auf Scheinlösungen verweisen**

Wenn schon jeder einen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss, reicht denn dann nicht auch einfach nur ein bisschen? Klimapolitische Beiträge können Klimaschutz-Ausreden werden, wenn sie mit dem Hinweis auf weitestgehend ineffektive Klimaschutzmaßnahmen grundlegendere und wirksamere Lösungen delegitimieren. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der *Technologieoptimismus*, der fest darauf vertraut, dass technologischer Fortschritt allein schon für die notwendigen Emissionsreduktionen sorgen wird. Dieser Diskurs tritt in vielen Variationen auf. In einigen Fällen sind es vage Versprechungen, dass »der menschliche Einfallsreichtum unendlich ist«, auch wenn die Ressourcen der Erde es nicht sind (Kommentar des Cato-Instituts). In anderen Fällen wird blind auf Technologien vertraut, die zwar potenziell große Emissionsreduktionen verheißen, aber noch sehr weit von der Marktreife entfernt sind, wie beispielsweise wasserstoffbetriebene Flugzeuge oder die direkte Abscheidung von Treibhausgasen aus der Luft (Peeters et al., 2016). Obgleich technologischer Fortschritt einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten kann, wird Technologieoptimismus zur Klimaschutzrede, wenn vage Versprechen auf bevorstehende technische Durchbrüche genutzt werden, um die Notwendigkeit von politischen Maßnahmen herunterzuspielen (»Mir wurde gesagt, dass elektrische Flugzeuge schon am Horizont zu sehen sind«, so der britische Gesundheitsminister Matt Hancock; siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.4). Die Ablehnung von politischen Regulierungen aufgrund von Fortschrittsversprechen ist unplausibel, da ein klarer regulatorischer Rahmen notwendig ist, damit UnternehmerInnen sicher in hochinnovative treibhausgasneutrale Technologien investieren können.

Eine besondere Spielart des Technologieoptimismus ist der *Brückentechnologismus*: die Idee, dass fossile Brennstoffe nicht Teil des Problems, sondern »Teil der Lösung des Klimaproblems« (OPEC-Generalsekretär Mohammed Barkindo; siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.5) wären. Der Brückentechnologismus ist das zentrale Element in den Bemühungen der

fossilen Brennstoffindustrie, die Klimaschutzpolitik zu untergraben. So finanziert das *American Petroleum Institute* beispielsweise Werbespots im Wert von mehreren Millionen US-Dollar, die für »sauberere« fossile Brennstoffe werben sollen, indem sie diese mit positiven Alltagsaktivitäten in Verbindung setzt (Sheehan, 2018). Die Grundannahmen des Brückentechnologismus stehen jedoch im starken Kontrast zur wissenschaftlichen Realität. Das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens wird nicht erreichbar sein, wenn weiterhin Infrastruktur zur Förderung fossiler Energieträger (inklusive Erdgas) aufgebaut wird.

Eine weitere beliebte Strategie, um transformativen Maßnahmen zu entgehen, ist es, sich möglichst geringe Klimaschutzziele zu setzen, um sich anschließend als erfolgreiche KlimaretterIn selbst zu feiern. Nicht wenige Klimaziele entpuppen sich später als *leere Versprechen*. Sie können als Klimaschutz-Ausrede genutzt werden, indem kleine (oft relative) Fortschritte im Klimaschutz genutzt werden, um von der Notwendigkeit grundlegenden Handelns abzulenken (Gillard, 2016). Ähnliches passiert auch nicht selten, wenn Regierungen sich ambitionierte Langzeit-Ziele setzen, dann aber darauf verzichten, diesen abstrakten Ziele mit konkreten Maßnahmen Leben einzuhauchen (Bache et al., 2015). Ein Beispiel hierfür ist die britische Regierung, die auf eine spezifische parlamentarische Anfrage zu ihren Klimaschutzmaßnahmen zwar erwähnt »Wir sind zu Recht stolz auf unsere weltweit führenden Klimaschutzziele«, dann aber nichts Inhaltliches dazu sagen kann, wie sie diese Ziele erfüllen will (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.5).

Viele AkteurInnen scheuen aus ideologischen Gründen vor Maßnahmen zurück, welche die Wirtschaft oder den individuellen Konsum allzu stark einschränken könnten. Dies wird besonders deutlich, wenn gefordert wird, zu »fördern, statt zu fordern«. Dabei wird allein auf freiwillige Selbstverpflichtungen und Anreize gesetzt, insbesondere jene, welche die individuelle Konsumauswahl erweitern, wie zum Beispiel die Förderung von Hochgeschwindigkeitszügen, um innerländische Flüge zu ersetzen. Effektivere, aber restriktivere Maßnahmen wie Luftverkehrsabgaben hingegen werden als »paternalistisch« abgetan oder als »Verbotspolitik« beiseitegewischt. Dabei wird übersehen, dass Fördermaßnahmen und restriktivere Regulierungen komplementär zueinander sind und ihre volle Wirkung gerade erst im Zusammenspiel miteinander entfalten. So können Fördermaßnahmen einerseits wichtige technische Alternativen zu fossilen Energieträgern zur Marktreife bringen,

während gleichzeitig restriktive Maßnahmen mögliche Mitnahmeeffekte, die Förderungen von ineffizienten Technologien und die Subventionierung von ausuferndem Konsum verhindern. In der Vergangenheit hat die deutsche Freie Demokratische Partei (FDP) des Öfteren Klimaschutzpolitik mit dem Verweis auf »Fördern statt fordern«-Ausreden abgelehnt, indem sie zwar die ressourcenschonende Wirkung von Energieeffizienz lobt, aber es gleichzeitig ablehnt, »nachhaltiges Verhalten durch Regulierungen vorzuschreiben« (siehe Lamb et al., 2020: »Supplementary materials« Abschnitt 3.6).

Klimaschutz-Ausreden, die grundlegenden Wandel verhindern wollen, vermeiden systematisch all jene Maßnahmen, welche die gegenwärtigen Machtstrukturen und Gewohnheiten infrage stellen. Obwohl jeder gesellschaftliche Wandel klein beginnt, kann die Überbetonung von ineffektiven Maßnahmen gerade dann zu einer Klimaschutz-Ausrede werden, wenn die Notwendigkeit von grundlegenden Maßnahmen und die dafür notwendigen Regulierungen heruntergespielt werden.

## **2 Schlussfolgerungen**

Die hier aufgeführten Klimaschutz-Ausreden können häufig sehr überzeugend wirken. Sie basieren meist auf legitimen Sorgen und auf realen Konflikten, die umso stärker zutage treten werden, umso ernsthafter die Dekarbonisierung der Wirtschaft in Angriff genommen wird. Diese legitimen Bedenken werden allerdings zu Klimaschutz-Ausreden, wenn sie genutzt werden, um konkrete Klimaschutzprojekte zu sabotieren, anstatt konstruktive Lösungen zu suchen. Unsere Typologie zeigt die idealtypische Struktur der gängigsten Klimaschutz-Ausreden. In der Praxis werden aber oft mehrere Argumentationsmuster kombiniert, um effektive Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern oder zu verzögern. Ein Beispiel hierfür ist das verbreitete Argument, dass die wachsende Weltbevölkerung der wichtigste Treiber des globalen Klimawandels sei. Dies suggeriert, dass der Anstieg von Treibhausgasen fast unumgänglich wäre (*Wandel ist unmöglich*) und schiebt die Verantwortung für die Klimakrise auf Länder mit starkem Bevölkerungswachstum (*Whataboutism*). Der Verweis auf die wachsende Weltbevölkerung übersieht allerdings die Emissionsminderungsmöglichkeiten im Globalen Norden durch Technologiewandel oder Konsumreduktion und ignoriert die global sehr unterschiedliche Verantwortung für den gemeinsamen

Klimaschutz. Klimawandel-Ausreden sind oft raffiniert und sie entwickeln sich kontinuierlich weiter. Nicht selten treten sie gemeinsam und im inhaltlichen Zusammenhang mit direkteren und indirekten Formen der Klimawandel-Skepsis auf oder gehen einher mit persönlichen Anfeindungen von BefürworterInnen von Klimapolitik, wie WissenschaftlerInnen und AktivistInnen (Jacques & Knox, 2016).

Unser Artikel identifiziert, diskutiert und kategorisiert Klimaschutz-Ausreden. Wir können jedoch noch nicht aufzeigen, in welchem Ausmaß diese Ausreden Klimaschutzinitiativen hemmen, ob in der Politik auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene, in Schulen, Kirchen oder sogar Familien. Auch wissen wir nicht zuverlässig, wie häufig die einzelnen Klimaschutz-Ausreden auftreten und von wem genau sie geäußert werden. Vor allem ist es wichtig, besser zu verstehen, wie solche Argumentationsmuster systematisch das Verhalten und die politischen Präferenzen von Menschen beeinflussen und somit Politik bestimmen. Dies sind wichtige Fragen, denen sich zukünftige Forschung verstärkt annehmen müssen. Wir hoffen deshalb, dass diese und ähnliche Fragen zukünftig verstärkt systematisch analysiert werden – mittels traditioneller Methoden wie Interviews und Fokusgruppen, aber auch mit modernen computerunterstützten automatisierten Dokumentenanalysen.

Wie können WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und politische EntscheidungsträgerInnen diesen Klimaschutz-Ausreden begegnen? Erkenntnisse aus der Forschung zur Wirksamkeit von Klimaleugnung deuten darauf hin, dass eine präventive Aufklärung über die Hintergründe von Klimaschutz-Ausreden bereits helfen könnte, um die Öffentlichkeit gegen deren lähmende Wirkung zu »impfen« (Farrell et al., 2019; van der Linden et al., 2017). Unsere Charakterisierung und Typologisierung der Klimawandel-Ausreden soll deshalb helfen, eine solche Aufklärung zu unterstützen, indem sie gängige Argumentationsmuster systematisch einordnet. Es wird jedoch eine kontinuierliche Aufgabe bleiben, die weitere Entwicklung der Klimaschutz-Ausreden zu beobachten und neue Argumentationsmuster in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Dies allein wird jedoch nicht genügen, um der lähmenden Wirkung der Klimaschutz-Ausreden Einhalt zu gebieten. Da sie auf komplexen normativen Grundannahmen fußen, ist es für die Überwindung der Klimaschutz-Ausreden notwendig, die öffentliche Debatte über die Klimakrise zu stärken, angemessene Klimaschutzmaßnahmen zu identifizieren und öffentlich immer wieder diskursiv und praktisch aufzuzeigen, dass ein

effektiver Klimaschutz möglich ist und sozial gerecht umgesetzt werden kann.

### Kurz gefasst

Manche Menschen versuchen, Klimapolitik zu verhindern. Sie nutzen dafür bestimmte Argumente gegen starke Klimapolitik. Sie meinen zum Beispiel, dass Klimaschutz zu teuer ist. Oder sie fordern, dass erst andere Klimapolitik machen sollen, bevor sie selbst etwas tun wollen. Wieder andere glauben nicht, dass wir den Klimawandel noch aufhalten können. Oder sie wollen nur ganz wenig für den Klimaschutz tun. In diesem Text stellen wir zwölf von diesen Klimaschutz-Ausreden vor. Außerdem entwickeln wir Kategorien, in die diese Ausreden passen. Damit wollen wir helfen, diese Ausreden besser zu erkennen.

### Literatur

- Bache, I., Reardon, L., Bartle, I., Flinders, M. & Marsden, G. (2015). Symbolic meta-policy: (not) tackling climate change in the transport sector. *Political Studies*, 63(4), 830–851.
- Bickerstaff, K. & Walker, G. (2002). Risk, responsibility, and blame: an analysis of vocabularies of motive in air-pollution(ing) discourses. *Environment and Planning A*, 34(12), 2175–2192.
- Bohr, J. (2016). The ›climatism‹ cartel: why climate change deniers oppose market-based mitigation policy. *Environmental Politics*, 25(5), 812–830.
- Brulle, R. & Aronczyk, M. (2019). Environmental countermovements: organised opposition to climate change action in the United States. In Kalfagianni, A., Fuchs, D. & Hayden, A. (Hrsg.), *Routledge Handbook of Global Sustainability Governance* (S. 218–230). Routledge.
- Farrell, J., McConnell, K. & Brulle, R. (2019). Evidence-based strategies to combat scientific misinformation. *Nature Climate Change*, 9, 191–195.
- Freudenburg, W.R., Gramling, R. & Davidson, D.J. (2008). Scientific certainty argumentation methods (SCAMs): science and the politics of doubt. *Sociological Inquiry*, 78(1), 2–38.
- Gillard, R. (2016). Unravelling the United Kingdom's climate policy consensus: the power of ideas, discourse and institutions. *Global Environmental Change*, 40, 26–36.
- Harvey, J.A., Van Den Berg, D., Ellers, J., Kampen, R., Crowther, T.W., Roessingh, P., Verheggen, B., Nuijten, R.J.M., Post, E., Lewandowsky, S., Stirling, I., Balgopal, M., Amstrup, S.C. & Mann, M.E. (2018). Internet blogs, polar bears, and climate-change denial by proxy. *BioScience*, 68(4), 281–287.
- Hulme, M. (2019). Is it too late (to stop dangerous climate change)? An editorial. *Wiley Interdisciplinary Reviews – Climate Change*, 11(1), e619.

- Jacques, P.J. & Knox, C.C. (2016). Hurricanes and hegemony: a qualitative analysis of micro-level climate change denial discourses. *Environmental Politics*, 25(5), 831–852.
- Lamb, W., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J.C., Müller-Hansen, F., Culhane, T. & Steinberger, J. (2020). Discourses of climate delay. *Global Sustainability*, 3, E17. doi:10.1017/sus.2020.13
- Maniates, M.F. (2001). Individualization: plant a tree, buy a bike, save the world? *Global Environmental Politics*, 1(3), 31–52.
- Markowitz, G. & Rosner, D. (2003). *Deceit and Denial: The Deadly Politics of Industrial Pollution*. University of California Press.
- McKie, R.E. (2019). Climate change counter movement neutralization techniques: a typology to examine the climate change counter movement. *Sociological Inquiry*, 89(2), 288–316.
- Michaels, D. (2008). *Doubt Is Their Product: How Industry's Assault of Science Threatens Your Health*. Oxford University Press.
- Michaels, D. (2020). *The Triumph of Doubt: Dark Money and the Science of Deception*. Oxford University Press.
- Norgaard, K.M. (2011). *Living in Denial: Climate Change, Emotions, and Everyday Life*. MIT Press.
- Oreskes, N. & Conway, E.M. (2011). *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. Bloomsbury Press.
- Peeters, P., Higham, J., Kutzner, D., Cohen, S. & Gössling, S. (2016). Are technology myths stalling aviation climate policy? *Transportation Research Part D*, 44, 30–42.
- Sheehan, K. (2018). This ain't your daddy's greenwashing: an assessment of the american petroleum institute's power past impossible campaign. In Rimmer, M. (Hrsg.), *Intellectual Property and Clean Energy* (S. 301–321). Springer Nature.
- Traufetter, G. & Amann, M. (2019). »My Generation Has Been Fooled«. *Spiegel*, 19. März 2019. <https://www.spiegel.de/international/germany/the-climate-activist-vs-the-economics-minister-my-generation-has-been-fooled-a-1258429.html> (20.03.21).
- van der Linden, S., Leiserowitz, A., Rosenthal, S. & Maibach, E. (2017). Inoculating the public against misinformation about climate change. *Global Challenges*, 1(2), 1600008.

## Biografische Notizen

*Sebastian Levi* ist Wissenschaftler am Sustainability Center der Hertie School, wo er schwerpunktmäßig zu Klimapolitik und der Rolle von öffentlicher Meinung forscht.

*William Lamb* und *Finn-Müller Hansen* sind Wissenschaftler in der Gruppe »Angewandte Nachhaltigkeitsforschung« am Mercator Research Institute

on Global Commons und Climate Change (MCC), die von Jan Minx geleitet wird. Dort untersuchen sie wissenschaftliche, öffentliche und politische Diskurse über die Energiewende, oft unter Anwendung von Methoden des maschinellen Lernens und bibliometrischer Analysen.

*Felix Creutzig* leitet die Arbeitsgruppe Landnutzung, Infrastruktur und Transport am MCC, war Leitautor im Fünften IPCC-Sachstandsbericht und unterrichtet an der Technischen Universität Berlin »Climate Change and Infrastructure«.

*Giulio Mattioli* ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung an der Technischen Universität Dortmund, wo er zu Auto-Abhängigkeit und »carbon lock-in« im Verkehrssektor sowie zur Mobilitäts- und Energiearmut forscht.

*Timmons Roberts* ist Ittleson Professor of Environmental Studies and Sociology an der Brown University. Davor leitete er Umweltwissenschaften und Umweltpolitik an der Brown University, dem College of William and Mary und der Tulane University und war Professor am Environmental Change Institute der University of Oxford.

*Trevor Culbane* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem von Timmons Robert geleiteten Climate and Development Lab der Brown University.

*Julia Steinberger* ist Professor of Social Ecology & Ecological Economics an der Universität Leeds. Dort unterrichtet sie Umweltökonomie und erforscht schwerpunktmäßig den Zusammenhang zwischen Ressourcennutzung und gesellschaftlichem Wohlstand.

*Stuart Capstick* ist Wissenschaftler an der School of Psychology der Cardiff University, wo er erforscht, wie Menschen über Klimawandel denken.